

N I E D E R S C H R I F T
über die
öffentliche Sitzung des Gemeinderates
DER STADT ST. GEORGEN IM SCHWARZWALD

Tag: Mittwoch, den 14.12.2022

Ort: der Stadthalle

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

ANWESEND:

Vorsitzender

Herr Michael Rieger

Ehrenamtliche Mitglieder

Herr Gabriel Dörr

Herr Peter Fichter

Herr Axel Heinzmann

Frau Kirsten Heinzmann

Frau Hedwig König

Herr Kai Noel

Frau Beate Rodgers

Herr Dirk Schmider

Herr Marc Winzer

Herr Ernst Laufer

Herr Constantin Papst

Herr Vincenzo Sergio

Herr Oliver Freischlader

Herr Guido Santalucia

Herr Hansjörg Staiger

Frau Karola Erchinger

ab 16.40 Uhr

Herr Fritz Weißer

Herr Dr. Jörg Zimmermann

ab 18.10 Uhr

Herr Jochen Bäsch

Herr Andre Müller

Herr Georg Wentz

nur öffentlich

Sachkundige Einwohner

Herr Hartmut Breithaupt
Herr Franz Günter
Herr Joachim Kieninger
Herr Klaus Lauble
Dennis Schulze

Ortsvorsteher Langenschiltach
Ortsvorsteher Oberkirmach
Vertreter des Stockwalds
Ortsvorsteher Peterzell
Jugendgemeinderat

Beamte, Sachverständige usw.

Frau Blanka Amann
Herr Giovanni Costantino
Herr Markus Esterle
Herr Alexander Tröndle

Schriftführer

Frau Nicole Dorer

ABWESEND:

Ehrenamtliche Mitglieder

Herr Hans-Peter Rieckmann

entschuldigt

Beamte, Sachverständige usw.

Frau Victoria Dillmann

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest:

1. Das Gremium ist durch Ladung vom 02.12.2022 ordnungsgemäß einberufen worden.
2. Das Gremium ist beschlussfähig.

1 Fragestunde für Einwohner

Protokoll:

Es gibt keine Wortmeldungen von den Zuhörern.

2 Bekanntgaben, Verschiedenes

Protokoll:

- a) Bürgermeister Rieger lädt zum Neujahrsempfang am 13. Januar 2023 um 19.30 Uhr in die Stadthalle ein. Thema werde die Landwirtschaft sein.
- b) Bürgermeister Rieger teilt mit, der Kindergarten in Brigach müsse vorübergehend geschlossen werden. Es werde eine Notgruppe eingerichtet. Ab Januar sollen die Gruppen im Kindergarten Oberkirnach und im Brigachhaus untergebracht sein. Es habe einen massiven Wasserschaden gegeben. Schimmel sei auch entstanden. Es wurden Proben genommen, die Ergebnisse sollten die nächste Woche vorliegen. Evtl. komme eine größere Maßnahme auf die Stadt zu.

3 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 30.11.2022

Protokoll:

- a) Der Gemeinderat hat dem Verkauf einer kleineren Teilfläche im Bereich „Grießhaberscher Acker“ zugestimmt.
- b) Der Gemeinderat hat den anonymen Spenden für die Entschlammung des Klosterweiher zugestimmt.

4 Breitbandausbau St. Georgen – Sachstandsbericht des Zweckverbands
Vorlage: 165/22

Protokoll:

Bürgermeister Rieger begrüßt den Geschäftsführer des Zweckverband Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar, Herrn Cabanis, zu diesem Tagesordnungspunkt. Die Nachrichten über die Streichung der Fördermittel hätten allen einen Schrecken versetzt. Das ein oder andere habe sich aber relativiert und er bittet Herrn Cabanis, dem Gremium den Stand zu erläutern.

Herr Cabanis führt aus, die letzten beiden Ringschlüsse seien im Bau und der gesamte Ausbau recht weit vorangeschritten. Mit dem Ringschluss werde nun auch St. Georgen von zwei Seiten her angeschlossen sein. Außer dem Landkreis Lörrach sei in Baden-Württemberg keiner so weit wie der Schwarzwald-Baar-Kreis. Allein in St. Georgen habe es seit seiner letzten Vorstellung im Oktober 2021 300 Neuanschlüsse gegeben. Aktuelle Maßnahmen seien im Bereich Galetsch, 1. Teil. Der Technikstandort sei bereits in Betrieb, der Cluster 1 sei fertiggestellt. Im Urbanweg und Am Sommerrain müssten die Bauarbeiten noch fertiggestellt werden. Die endgültige Fertigstellung solle in Abhängigkeit des Winters voraussichtlich im 2. oder 3. Quartal 2023 erfolgen. Auch Teil 2 der Galetschbaustelle sowie der Bereich Rupertsberg und Seebauernhöhe seien derzeit im Bau. Hier könnten die ersten Gebäude bereits im 1. oder 2. Quartal 2023 in Betrieb genommen werden. Die Fertigstellung erfolge ebenfalls, in Abhängigkeit des Winters, im 2. oder 3. Quartal 2023. Der Lückenschluss „Hagenmoos“ sei ebenfalls am Laufen. Der Tiefbau und der Kabelzug seien fertiggestellt, das Provisorium bei der Firma Wahl müsse noch zurückgebaut werden. Im Bereich Hagenmoos werde der Anschluss eines Mobilfunkmastens erfolgen. Auch bei der Robert-Gerwig-Schule könne, je nach Witterungslage, das Kabel spätestens im 1. Quartal 2023 eingeblasen werden. Das Neubaugebiet Glashöfe sei teilweise betriebsbereit. Eine große Maßnahme laufe auch in Brigach. Der Backboneausbau könne dieses Jahr noch fertiggestellt werden. Allerdings werde es noch keine Hausanschlüsse geben, da diese noch nicht förderfähig seien. Die Förderfähigkeit werde aber sicher kommen und dann seien die Hausanschlüsse auch schnell erledigt. Auch werden immer wieder Nachzügler angeschlossen. Der sich dadurch ergebende Flickenteppich sei schade, aber im gesamten Schwarzwald-Baar-Kreis komme es immer wieder zu Nachzüglern. Bis auf den Kabelzug tragen diese alle Kosten selbst.

Der Förderstopp sei nicht sinnvoll. Es wurde extra für die Förderung ein Markterkundungsverfahren angestoßen und ca. 200.000 Euro investiert. Dann wurde die Förderung gestoppt. Eine Verlängerung bis 2023 wäre ein gangbarer Weg gewesen. Ab 2023 solle eine neue Förderung kommen. Es werde schwieriger, an Fördergelder zu kommen. Der Zweckverband verspreche, alles Mögliche zu tun, um Förderungen für St. Georgen abzuschöpfen. Er hoffe, dass das Markterkundungsverfahren anerkannt werde. Für den Ortskern Langenschiltach habe es keine Förderung gegeben, ähnlich in Brigach. Die Projekte seien in der Grobplanung. Bis 2025 sollten diese Bereiche auch umgesetzt werden können. Für St. Georgen habe der Förderstopp noch keine Auswirkungen, sei aber trotzdem ärgerlich.

Stadtrat Freischlader erklärt, 2024 werde die Förderung von 3,7 Milliarden auf 4 Milliarden Euro aufgestockt. Fraglich sei, ob jeder über 50 Mbit/s einen Anschluss brauche. Der Ausbau pro Jahr reiche nicht. Es komme auf die Mischung aus Schnelligkeit und Genauigkeit auf der Baustelle an. Diese müssten besser besetzt sein. Oft sehe man nicht mehr als zwei Mann auf der Baustelle. Er bittet, den Firmen mehr Druck zu machen. Bei höherer Kapazität könne evtl. etwas von geplant 2024 in 2023 umgesetzt werden.

Herr Cabanis antwortet, in sieben Monaten wurden 14 km Breitband verlegt. Dies wäre nicht geschafft worden, wenn immer nur zwei Mann auf der Baustelle gewesen seien. Er gesteht ein, dass Teilbereiche in St. Georgen nicht gut gelaufen seien, andere dafür umso schneller.

Bürgermeister Rieger ergänzt, man müsse froh sein, dass überhaupt jemand arbeite, überall fehle es an Arbeitern.

Herr Kieniger fragt, was er seinen Bürgern sagen könne. Wann komme für den Stockwald die Ausführung und können die Leerrohre aus der Abwasserleitung mitgenutzt werden.

Herr Cabanis erklärt, die Streckenführung Oberkirnach nach Brigach sei schwierig. Erst wenn Brigach ausgebaut werde, könne man hier weiterfahren. Ausbaubeginn sei Brigach, so dass ein Anschluss Ende 2024 realistisch sein könne. Ob die Leerrohre nutzbar seien, müsse erst überprüft werden.

Ortsvorsteher Breithaupt erkundigt sich, wie es für Langenschiltach aussehe.

Herr Cabanis sagt zu, Langenschiltach zu 100 % auszubauen. Im Sommer 2023 solle die Maßnahme losgehen. Die Außenbereiche seien vorgesehen, und dafür müsse auch durch den Kernort gefahren werden.

Ortsvorsteher Lauber weist darauf hin, dass in Peterzell immer noch Nacharbeiten in der Sommerbergstraße und der Sanatoriumstraße ausstünden.

Herr Cabanis antwortet, wenn die Mängel bekannt seien, werde auch nachgearbeitet. Es erfolge immer eine Abnahme der Maßnahme mit der Stadt und den Ortsvorstehern.

Stadtrat Winzer erkundigt sich, wie es sich mit den Mobilfunkmasten verhalte.

Herr Cabanis führt aus, es habe ein Vertrag für den Masten im Hagenmoos ausgehandelt werden können, ebenso werde ein Mobilfunkmast in St. Georgen angeschlossen. Der Zweckverband sei grundsätzlich bereit, dies zu tun, wenn es von der Telekommunikationsbranche gewünscht werde. Vom Betreiber müsse der Anstoß kommen.

Ortsvorsteher Günter erklärt, sollte 2024 ein Ausbau in Oberkirnach erfolgen, sei er dankbar und zufrieden. Auch hier gebe es immer mehr Bürger, die ein schnelleres Internet benötigten, sei es als Selbstständiger, in der Landwirtschaft oder im Tourismus.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beauftragt den Zweckverband die Ausbaupläne fortzuführen.

**5 Sanierung "Roter Löwen", Hauptstraße 18, 78112 St. Georgen
Vergabe und Kostenfortschreibung
Vorlage: 163/22**

Protokoll:

Stadtbaumeister Tröndle erläutert die Vorlage. Bei den Trockenbauarbeiten Metallständerwände und Trockenbauarbeiten Deckenkonstruktion einschließlich Brandschutzverkleidung habe die Firma NRE Bau aus Oberndorf die günstigsten Angebote abgegeben. Die Firma NRE sei bekannt und habe in Stundenlohn schon anfangs im Roten Löwen gearbeitet. Die Fliesenarbeiten könnten an die Firma Ciampa aus Unterkirnach und die Malerarbeiten an die Firma Rombach aus Villingen-Schwenningen vergeben werden.

In der Baukostenfortschreibung seien die Angebote mit eingerechnet und gegenüber der Kostenberechnung aus Mai 2021 ergeben sich Mehrkosten von 15,3 %.

Es sei ein Trend erkennbar, dass wieder gute Ergebnisse bei Ausschreibungen erzielt werden könnten.

Bis auf wenige kleiner Ausschreibungen seien nun die Hauptarbeiten vergeben worden.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt St. Georgen beschließt

die Vergabe der

- Trockenbau Metallständerwände an die Fa. NRE Bau Stukkateurbetrieb, 78727 Oberndorf a.N., zum Angebotspreis von brutto 61.855,01 €
- Trockenbau Deckenkonstruktionen einschl. Brandschutzverkleidungen an die Fa. NRE Bau Stukkateurbetrieb, 78727 Oberndorf a.N., zum Angebotspreis von brutto 116.366,72 €
- Fliesenarbeiten an die Fa. Ciampa GmbH, 78089 Unterkirnach, zum Angebotspreis von brutto 94.705,79 €
- Malerarbeiten an die Fa. Maximilian Rombach Malerbetrieb GmbH, 78056 Villingen-Schwenningen, zum Angebotspreis von brutto 40.561,15€.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

6 Wasserversorgung; Erhöhung des Wasserzinses (Arbeitspreis und Bereitstellungsgebühr) ab 01.01.2023
Vorlage: 160/22

Protokoll:

Kämmerin Amann erläutert die Veränderungen für 2023 und den daraus folgenden Gebührenbedarf. Die Bezugskosten der Bodenseewasserversorgung seien um 41.000 Euro gestiegen. Ebenso gestiegen seien die Stromkosten um 78.000 Euro – durch das benötigte Pumpen des Wassers aufgrund der Topografie schlage sich das auch in der Gebühr nieder – und die Unterhaltungskosten um 155.000 Euro. Die Abschreibungen erhöhen sich um 48.000 Euro und der Verwaltungskostenbeitrag sei um 58.000 Euro gesunken. So ergebe sich ein Gebührenbedarf von 264.000 Euro. Die Wassermenge sei nicht verändert worden. Es werde mit 546.850 m³ gerechnet.

Nach der angeschlossenen Gebührenkalkulation ergebe sich bei der Bereitstellungsgebühr eine Gebührenobergrenze von 2,28 €/m³. Von der Betriebsleitung werde vorgeschlagen, auch die Bereitstellungsgebühr um 0,28 Cent/m³ von bisher 2,00 €/m³ auf 2,28 €/m³ anzuheben.

Die vorgeschlagene Wasserpreiserhöhung führe –unter Berücksichtigung der gleichzeitig vorgeschlagenen Erhöhung der Abwassergebühr um 0,14 €/m³ für eine sog. Durchschnittsfamilie zu einer monatlichen Mehrbelastung von knapp 5,90 €.

In die Satzung mit aufgenommen wurde auch die Anfahrtspauschale von 60 Euro für die Lieferung von Trinkwasser.

Stadtrat Freischlader erklärt, alle Erhöhungen seien unglücklich. Aber es sei nicht erlaubt, das Wasser unter den Entstehungskosten zu verkaufen. St. Georgen sei nicht die teuerste Gemeinde. Die Erhöhung könne auch gut damit begründet werden, die Leitungen instand zu halten. Daher gebe es auch einen ökologischen Gesichtspunkt.

Stadträtin Erchiger erklärt, es sei wichtig und es müsse auch darauf geachtet werden, die Leitungen instand zu halten. Nur so könnten die Wasserverluste reduziert werden. Eine Erhöhung passe nicht in die Zeit, aber sie sei maßvoll und es bleibe nichts anderes übrig.

Ortsvorsteher Lauble spricht für alle Ortsteile, die in einer gemeinsamen Ortschaftsratssitzung der Vorlage einstimmig zugestimmt hätten.

Bürgermeister Rieger erklärt, es gebe eine Rangfolge für die Deckungsmittel. Als erstes nennt er die Zuweisungen von Bund und Land und als nächstes kämen die Gebühren. Erst wenn hier nichts mehr möglich sei, könnten Steuern erhöht werden.

Beschluss:

1. Der Wasserzins (Arbeitspreis) wird ab dem 01.01.2023 auf 3,40 €/m³ festgesetzt. Die Grundgebühren bleiben unverändert.
2. Die Bereitstellungsgebühr wird ab dem 01.01.2023 auf 2,28 €/m³ festgesetzt.
3. Die als Anlage angeschlossene

Satzung
zur Änderung der Satzung über den Anschluss
an die öffentliche Wasserversorgungsanlage
und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser
(Wasserversorgungssatzung - WVS -)

wird erlassen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Änderungssatzung gem. § 4 Abs. 3 GemO öffentlich bekannt zu machen und der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21
Ablehnung: ./.
Enthaltung: ./.

7 Änderung der Abwassersatzung - Erhöhung der Abwassergebühren
Vorlage: 159/22

Protokoll:

Kämmerin Amann erläutert die Kalkulation der Abwassergebühren. Aufgrund der Berechnungen ergebe sich eine Erhöhung bei der Schmutzwassergebühr um 14 Cent und beim Niederschlagswasser um 2 Cent pro m³.

Rücklagen aus Gebührenüberschüsse aus den Vorjahren seien keine mehr vorhanden, diese wurden mit dem Jahresergebnis 2020 aufgebraucht.

Aus dem Jahr 2020 bestehe noch einen Fehlbetrag in Höhe von 56.023,14 € und im Jahr 2021 sei ein Fehlbetrag in Höhe von 57.095,11 € entstanden, insgesamt 113.118 €.

Fehlbeträge könnten innerhalb von 5 Jahren ausgeglichen werden.
In dieser Kalkulation seien keine Fehlbeträge berücksichtigt.

Der Verwaltungsvorschlag liege beim Schmutzwasser 10 Cent und beim Niederschlagswasser 7 Cent pro m³ unter den Kosten der Gebührenkalkulation.

Stadtrat Fichter fragt an, wie die Berechnung für die versiegelten Flächen erfolge.

Stadtbaumeister Tröndle erklärt, diese beruhe auf einer Berechnung. Einige Trennsysteme, aber auch Gräben seien vorhanden. Die Unterhaltung fließe mit ein. Hier müsse geschaut werden, ob die Grundlage noch aktuell sei.

Ortsvorsteher Lauble spricht für alle Ortsteile, die in einer gemeinsamen Ortschaftsratssitzung der Vorlage einstimmig zugestimmt hätten.

Beschluss:

1. Grundlage für die Ermittlung der Gebührensätze sind die Ausführungen in der Vorlage.
2. Den in der angeschlossenen Gebührenkalkulation vorgeschlagenen Berechnungsgrundlagen und -arten wird zugestimmt.
3. Die Abwassergebühren werden ab dem 01.01.2023 wie folgt erhöht:
 - a) die Schmutzwassergebühr von bisher 2,00 €/m³ um 0,14 €/m³ auf 2,14 €/m³
 - b) die Niederschlagswassergebühr von bisher 0,30 €/m² auf 0,32 €/m² versiegelter Fläche
 - c) die Gebühr für sonstige Einleitungen von bisher 28,00 €/m³ auf 24,60 €/m³.
4. Die als Anlage angeschlossene

Satzung
zur Änderung der Satzung über die öffentliche
Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung – AbwS -)

wird erlassen

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung gem. § 4 Abs. 3 GemO öffentlich bekannt zu machen und der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

8 Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben; Erhöhung der Entsorgungsgebühren ab 01.01.2023
Vorlage: 161/22

Protokoll:

Kämmerin Amann erläutert die Kalkulation. Die Abfuhrkosten seien ein großer Posten. Im Jahr 2020 wurde die Unternehmen neu angeschrieben. Die bisherigen Kosten reichten für eine Kostendeckung nicht mehr aus. Die Verluste seit 2017 in Höhe von ca. 7.000 Euro seien nicht mit eingerechnet.

Ortsvorsteher Lauble spricht für alle Ortsteile, die in einer gemeinsamen Ortschaftsratssitzung der Vorlage einstimmig zugestimmt hätten.

Beschluss:

1. Die Gebühren für die Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben werden ab dem Jahr 2023 neu festgesetzt.
2. Die der Sitzungsvorlage angeschlossene

Satzung
zur Änderung der Satzung
über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben
(Entsorgungssatzung)

wird mit Wirkung vom 1. Januar 2023 erlassen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung gem. § 4 Abs. 3 GemO öffentlich bekannt zu machen und der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

Protokoll:

Bürgermeister Rieger bittet um die Haushaltsreden der jeweiligen Fraktionen.

Stadträtin Erchinger spricht für die Freie Wähler-Fraktion.

„Ein Jahr geht zu Ende, das wohl als „Krisenjahr“ in Erinnerung bleiben wird.

- Krieg in der Ukraine und globale Verwerfungen
- Klimawandel
- Energiekrise
- Materialknappheit und Kostenexplosion
- Engpässe in den Lieferketten
- Und immer noch – wenn auch abgeschwächt – Corona.

Wir waren an Krisen nicht mehr gewöhnt; meine Generation nicht und die unserer Kinder schon gar nicht. Lief ja alles gut in den letzten Jahrzehnten. Oder? Ich denke, wir haben vieles versäumt. Zu gutgläubig Richtung Russland, zu nachlässig was die Erderwärmung und den Klimaschutz betrifft, zu vorsichtig beim Thema Deutschland=Einwanderungsland. Und in vielen Dingen zu träge, z.B. bei Digitalisierung und vor allem: viel zu bürokratisch!!!

Und trotzdem schau ich zuversichtlich in die Zukunft.

Wie schon Herr Rieger in seiner Haushaltsrede betont hat, haben wir in den letzten Jahren gut gewirtschaftet, Schulden abgebaut, Investitionen getätigt, wie z.B. Bahnhofstraße und Hallenbad.

Und das trotz steigender Aufgaben und Auflagen von Bund und Land .

Ich möchte Sie/Euch nicht mit vielen Zahlen „plagen“, denn Sie/Ihr alle habt den aktuellen Haushaltsplan ja vorliegen. Nur ein paar wichtige Fakten möchte ich aufzählen:

Wir wollen in 2023 insgesamt 6,4 Mio. investieren, aufgeteilt wie folgt:

- Bauhof 50.000€ für einen neuen Kipper
- Feuerwehr 240.000€
- Schulen ~ 2,5 Mio., z.B. für digitale Tafeln, LED-Beleuchtung, Brandschutz
- Haus der Vereine ~ 50.000€
- Klosterweiher ~ 1,7 Mio.
- Straßen 1,168 Mio.
- Innenstadtsanierung ~ davon allein Roter Löwe 1,689 Mio.
- Friedhof ~ 80.000€ für ein neues Multifunktionsfahrzeug

Dazu kommt die Kreisumlage mit 6 Mio. und der Abmangel der kirchlichen Kindergärten mit 3,3 Mio.

Dies sind für eine Stadt unserer Größe gewaltige Summen und das alles geht nächstes Jahr nicht ohne eine Kreditaufnahme i. H. von 1,5 Mio. und

knapp 5 Mio. Entnahmen aus den Rücklagen und hoffentlich guten Gewerbesteuerereinnahmen...

D. h. unsere pro-Kopf-Verschuldung steigt voraussichtlich zum 31.12.2023 auf ca. 210€ - was immer noch wenig ist im Baden-Württembergischen-Vergleich...

Wir erhöhen auch keine Steuern, sondern passen nur die Gebühren für Wasser und Abwasser an. Und das trotz einer Verdopplung des Strompreises und eine Verfünffachung des Gaspreises.

Wir kürzen die Schulmittel nicht – im Gegenteil. Wir investieren in 50 digitale Tafeln für unsere Schulen und schreiben die Entwicklungsstudie für das Bildungszentrum fort.

Wir investieren außerdem in unsere Wasserversorgung eine dreiviertel Million, planen den Neubau des HB Rupertsberg mit 60.000€ und bauen die Photovoltaik mit 340.000€ - z.B. auf dem Roten Löwen Dach – aus.

Die Generalsanierung der Tiefgarage und Marktplatz schlägt nächstes Jahr mit 4,2 Mio. zu Buche.

Und das Ziel von all dem ist??? Unsere Bürger sollen sich in der neuen Innenstadt wohlfühlen, gerne hier leben und auf ein breites Angebot von freiwilligen Leistungen zurückgreifen können.

Außerdem arbeiten wir nach wie vor verschiedene Schlüsselprojekte aus dem ISEK 2030 ab; z.B. den Austausch der Leuchtmittel in LED (SP 4 kommunales Energiekonzept), oder der Invest bei den Schulen (SP5 Bildungsstadt im Schwarzwald) oder die Entschlammung Klosterweiher und Innenstadtsanierung (SP 2+11 St. Georgen erleben und genießen)

Und: unsere Bürger arbeiten tatkräftig daran mit! Sie sind interessiert am Fortgang der Sanierung Roter Löwe und freuen sich auf seine Fertigstellung. Sie erwarten ungeduldig den Beginn der Innenstadtsanierung. Sie wertschätzen ihren Klosterweiher, in dem sie schon fast 150.000€ für die Entschlammung gespendet haben. Sie engagieren sich in den Vereinen und in der Kirche. Kurz gesagt: wir als Gemeinderat können stolz auf solche Bürger sein! Und deshalb haben wir keine Angst vor den bevorstehenden Aufgaben, wohl aber Respekt davor!

Die Freien Wähler möchten sich bei Herrn Bürgermeister Rieger für seine Arbeit in diesem Jahr herzlich bedanken. Seine Schultern werden jedes Amtsjahr breiter – von all den Sorgen und Nöten, die unsere Bürger darauf abladen. Aber das eine oder andere Problem wird geklärt oder ausdiskutiert.

Und doch bleiben manchmal leider Misstöne zurück...

Wir danken Frau Amman für den ersten Haushaltsplan in Eigenverantwortung – sowie Herrn Staiger für die tatkräftige Unterstützung. Es war sicher ein gewaltiges Stück Arbeit. Wir erwirtschaften zumindest die Tilgung, deshalb ist der Haushalt genehmigungsfähig.

Einen großen Dank an Herrn Tröndle und sein Team. Wir stellen jedes Jahr mit Erstaunen fest, wieviel auf den Weg gebracht und dann auch

abgearbeitet werden kann, wenn gute Mitarbeiter dahinterstehen.

Vielen Dank auch an Herrn Esterle. Corona wird nun weniger, die KiTa Kinder dafür mehr und seine Aufgaben werden immer komplexer.

An Herrn Costantino ebenfalls ein Dankeschön von unserer Seite für die geleistete Arbeit. Er hat sich gut eingearbeitet, ist ein wichtiger Ansprechpartner und sicher eine große Stütze im Rathausteam.

Auch an die Mitarbeiter im Bauhof und der Gärtnerei einen herzlichen Dank für farbenfrohe und kreative Ideen das ganze Jahr über auf unseren öffentlichen Flächen. Die St. Georgener Bürger sehen das alles sehr wohl und die Rückmeldungen an uns sind stets positiv.

An die gesamte Rathausmannschaft von unserer Seite ein Dankeschön für ihren täglichen Einsatz für unsere Stadt und unsere Bürger.

Und zum Schluss möchte ich mich bei meinen Ratskolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr zum Wohl unserer Stadt bedanken, wünsche Ihnen/Euch allen eine ruhige und erholsame Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins Neue Jahr!!!“

Stadtrat Freischlader spricht für die SPD-Fraktion.

„Zunächst möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei der Kämmerer, Frau Amann und ihren Mitarbeitern, für die, wie immer sehr gelungene Darstellung unserer finanziellen Situation, bedanken.

Insgesamt können wir mit dem Kernhaushalt immer noch sehr zufrieden sein. Zwar ist erstmals seit Jahren eine Schuldenaufnahme eingeplant aber meine Fraktion und ich sehen durchaus noch Chancen diese in diesem Jahr noch zu vermeiden. Allerdings unterstützen wir in vollem Umfang die Vorsichtige Kalkulation des Haushalts. Lieber sagen wir Ende des Jahres, wir haben doch keinen Kredit gebraucht, als das wir im Laufe des Jahres sagen müssen, wir brauchen jetzt einen Kredit.

Natürlich heißt das für uns als Stadtrat, wir müssen dringend auf die Kosten schauen aber vor lauter Sorge nicht mehr zu investieren ist auch keine Option.

Im Jahr 2023 steuern wir auf eine Rezession mit gleichzeitiger hoher Inflation zu und da sollte die öffentliche Hand nicht noch in die Krise sparen.

Wir nutzen die Möglichkeiten, die wir haben, um Investitionen in unsere Infrastruktur zu tätigen. Dafür wäre eine Kreditaufnahme auch durchaus gerechtfertigt, denn die Betonschulden sind ja auch Schulden und schädigen zusätzlich noch das Ansehen der Stadt.

Wie es anders geht, zeigt gerade die Entwicklung beim roten Löwen. Mit Zuschüssen des Landes entwickelt sich aus einem städtebaulich ins Abseits geratenem Bauwerk ein tolles Gebäude, das in Zukunft die Innenstadt dtl. beleben wird. Wir als SPD-Fraktion halten das dafür aufgewendete und noch nötige Geld für hervorragend angelegt.

Gleichzeitig befinden wir uns mitten in der Klimakrise und auch dagegen müssen wir weiter investieren, um die Energiewende zu gestalten. 900t€

für energiesparende Beleuchtung und neue Photovoltaikanlagen, auch in einem finanziell anspruchsvollem Jahr, sind ein richtiges Zeichen, wir müssen dieses Engagement aber weiter beibehalten und in finanziell besseren Jahren noch ausbauen.

Und damit nicht genug, tobt seit Februar ein Krieg in Europa, der uns alle nicht nur emotional betrifft, sondern über Strom- und Gaspreise sich in diesem Haushalt niederschlägt und uns allen über die Begegnungen mit den Geflüchteten in unserem Alltag präsent ist

Die größten Ausgaben im Haushalt 23 sind wie jedes Jahr die Investitionen in unsere Zukunft nämlich in unsere Kinder. Mehrere Millionen Ausgaben für Kindergärten, Schulen, Jugendarbeit, Mensen, Schul-sozialarbeit und Förderung von speziellen Bedürfnissen wie Sprachförderung, Hausaufgabenbetreuung usw., sind sehr gut angelegtes Geld, denn wir alle wissen, unser Rohstoff in Deutschland ist das was unsere Kinder im Kopf haben.

Vor diesem Hintergrund sind die letzten Studienergebnisse zur Leistung von Grundschulern in Baden-Württemberg enttäuschend und beschämend. Umso mehr, da die Lösung dieses Problems keine rocket science ist, die erst wissenschaftlich untersucht werden müsste. Es reicht einfach die vorschulische Bildung über ausreichend Personal zu verbessern.

Zu zählen wieviel Lehrer*innen brauche ich, die Stellen zu schaffen und eine Ausbildungs-Offensive für diese Bereiche zu starten. Das alles kann nicht Aufgabe der Kommunen sein, sondern muss, wie von den Gesetzen vorgesehen, vom Land verwirklicht werden.

Vor diesem Hintergrund ist die offensichtliche Absicht des Landes, die Kindergarten-zuschüsse des Bundes nicht zur Verstetigung der Sprachförderung in den Kitas zu verwenden eine Katastrophe. Auch das in Baden-Württemberg vorschulische Bildung für die breite Mittelschicht noch immer kostenpflichtig ist, ist ein Anachronismus.

Ein weiterer dringender Bereich in den wir Millionen investieren ist der Ausbau der Breitbandversorgung. Hier sollten wir mit dem Zweckverband dringend nochmal über Möglichkeiten zur Beschleunigung der Bauarbeiten reden.

Wir als SPD-Fraktion freuen uns auf die anstehenden Aufgaben der nächsten Jahre, werden dem Haushalt gerne zustimmen und möchten als einzige zusätzliche Ausgaben eine Erhöhung der Verfügungsmittel des Bürgermeisters auf 6000€ beantragen. Ich hatte das ja in der Fraktionsbesprechung schon angekündigt und die anderen Fraktionsvorsitzenden waren da ja nicht abgeneigt.

Nicht zustimmen werden wir der beantragten Förderung des Kunstvereins „Global Forrest“.

Dazu möchte ich aus meiner Haushaltsrede vom letzten Jahr zitieren: „dass wir uns eine Verstetigung auf regelmäßige Zuschüsse momentan

nicht vorstellen können“

Zum Schluss möchten wir uns bei allen Mitarbeitern der Stadt für Ihren Einsatz im vergangenen Jahr bedanken. Euch im Rat ein Dankeschön für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit. Ihnen Herr Bürgermeister und ihnen liebe Amtsleiter ein Dankeschön für den offenen Umgang miteinander, die gute Zusammenarbeit und Ihre Arbeit in einem erneut sehr schwierigen Jahr. Bleiben wir also alle zusammen stark und ich wünsche allen gute Gesundheit, ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das Jahr 2022.“

Stadtrat Papst spricht für die CDU-Fraktion.

„Wir danken unserer Verwaltung sowie unserer Stadtkämmerin, Frau Amann, für das umfangreiche Zahlenwerk und die geleistete Arbeit. Eine Aufgabe, die in diesem Jahr sicherlich mit besonderen planerischen Herausforderungen verbunden war.

Liebe Anwesende, in was für Zeiten leben wir eigentlich. Noch vor einem Jahr waren wir guter Hoffnung, dass sich unsere Welt rund um die Coronakrise beruhigt und dass es zu einer gewissen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Normalisierung kommt. Dies hat sich auch für unsere Stadt an einem deutlich positiveren Nachtragshaushalt gezeigt.

Durch den Ausbruch des Krieges in der Ukraine stehen wir seit Beginn des Jahres allerdings wieder vor neuen und aus unserer Sicht noch viel dramatischeren Herausforderungen. In Europa tobt ein realer Krieg mit Toten und Verletzten sowie viel Not und Leid. Die Welt ist in Aufruhr und überall spürt man die Konsequenzen. Auch unser Land und unsere Stadt sind davon betroffen. Wir sehen uns konfrontiert mit hohen Inflationszahlen, explodierenden Energiekosten und Flüchtlingen, die bei uns Schutz und Sicherheit suchen.

Trotz alledem starten wir in das neue Jahr noch mit einer guten wirtschaftlichen Ausgangslage für unsere Stadt. Mit einem Gesamtergebnis von 3,64 Mio.€ für das Jahr 2021 und einem Gesamtergebnis für das Jahr 2022 in Höhe von 1,75 Mio.€ können wir auf zwei sehr gute Jahre blicken. Auch der Finanzhaushalt stellt sich gegenwärtig noch als solide dar. Der Zahlungsmittelüberschuss ist ausreichend hoch, um die laufenden Tilgungen der Kredite zu bedienen. Zum Beginn des Jahres 2023 wird die Stadt noch über einen Finanzierungsmittelbestand von 5,85 Mio.€ verfügen. Der ist damit zwar schon rückläufig, aber immer noch ausreichend, um die eine oder andere Investition zu finanzieren. 2

Nicht zuletzt ist eine Pro-Kopf-Verschuldung von aktuell 110 € je Einwohner ein sehr niedriger und erfreulicher Wert. Er ist das Ergebnis guten Wirtschaftens in den letzten 12 Jahren. Er sollte allerdings auch den Wendepunkt darstellen und für viele Jahre wohl nicht mehr erreicht werden können. Da unsere großen Investitionsvorhaben rund um den Marktplatz bereits begonnen haben und wir hierfür auch Kredite zur Finanzierung benötigen, müssen wir uns dies bewusst machen.

Betrachtet man den Gesamt-Ergebnishaushalt für das Jahr 2023, so fällt auf, dass der Haushalt mit einem Volumen von knapp 37 Mio.€ wohl nicht

ausgeglichen werden kann. Ein Fehlbetrag von rund 2,0 Mio.€ bietet dabei wenig Anlass zur Freude. Schaut man auf die Ursachen, so wird deutlich, dass sowohl die Erträge niedriger als auch die Aufwendungen erhöht sind. Insbesondere die Erträge der Stadt fallen im kommenden Jahr wohl merklich geringer aus. In diesen Zeiten mit rückläufigen Gewerbesteuererträgen zu rechnen, kann dabei aber nur richtig sein und ist ein Gebot der Vorsicht.

Im Hinblick auf die Einnahmen- beziehungsweise Ertragsstruktur der Stadt sind aus unserer Sicht drei Positionen erwähnenswert. Der größte Rückgang im Vergleich zum Jahr 2022 wird wohl bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen sein. Hier rechnet die Kämmerei mit einem Rückgang von rund 3,3 Mio.€. Nicht vergessen sollte man hierbei jedoch, dass die Gewerbesteuer des Jahres 2022 für st. georgener Verhältnisse eher etwas erhöht ausgefallen ist. Auch die Schlüsselzuweisungen aus dem Finanzausgleich werden wohl mit einem Betrag von etwas mehr als 0,5 Mio.€ rückläufig sein. Demgegenüber rechnet die Verwaltung mit einem steigenden Gesamtanteil an der Einkommensteuer von etwa 1 Mio.€. Dies hilft dabei, den Rückgang bei der Gewerbesteuer etwas zu kompensieren. Schaut man auf die Vielzahl der geplanten Ausgaben beziehungsweise Aufwendungen für das kommende Jahr, wird deutlich, dass auch diese mit rund 1,68 Mio. € steigen werden. Auch wenn die Einzelpositionen teilweise erheblich zum Jahr 2022 abweichen werden, gibt es für uns nur wenig Anlass für kritische Fragen, zumal sich die Veränderungen plausibel erklären lassen. So steigen beispielsweise die Personalkosten mit rund 450 T€ spürbar, dies ist aber im Zuge von Tarifverhandlungen und Lohnsteigerungen gerechtfertigt. Dass die Gebäudebewirtschaftung im nächsten Jahr mit ca. 1,34 Mio. € teurer werden muss, ist angesichts steigender Energiepreise wohl nicht 3

zu verhindern. Auch die Steigerungen bei den planmäßigen Abschreibungen, dem Zuschuss für die evangelischen Kindergärten, der Finanzausgleichsumlage und der Kreisumlage sind systembedingte Kosten und lassen sich nicht beeinflussen.

Wie bereits erwähnt, wird der Haushaltsausgleich aller Voraussicht nach nicht gelingen. In der Konsequenz bedeutet dies, dass wir für den Ausgleich auf unsere Rücklagen zurückgreifen werden müssen. Dies geht zu Lasten unserer Liquidität und belastet damit den Finanzhaushalt. Dementsprechend fällt der Finanzierungsmittelüberschuss für das Jahr 2023 mit nur noch rund 44 T € sehr gering aus. Im Jahr 2022 war dieser noch bei rund 4,3 Mio.€ gelegen und im Jahr 2021 bei knapp 5 Mio. €.

Der im nächsten Jahr deutlich steigende Rückgang unseres Finanzmittelbestandes in Höhe von rund 5 Mio.€ zeigt dabei aber auch deutlich, dass wir mit einer wachsenden Investitionstätigkeit rechnen. Hierzu gehört auch der Umstand, dass wir im nächsten Jahr mit einer Kreditaufnahme in Höhe von 1,5 Mio.€ rechnen. In den darauffolgenden Jahren kommt es dann zu weiteren Kreditaufnahmen, so dass sich der Gesamtschuldenstand von aktuell 1,4 Mio.€ bis auf rund 7,2 Mio.€ zum Ende des Jahres 2025 erhöhen könnte. Auch wenn dies dann schon erhöhte Verschuldungswerte sind, erscheinen sie uns doch, angesichts der vor uns liegenden Vorhaben, als gerechtfertigt. Schließlich erhalten wir ja auch ein schönes neues Stadtzentrum.

Das Gesamtinvestitionsvolumen für das Jahr 2023 wird in einer Größenordnung von 7,5 Mio.€ liegen. Dabei sind die aufwandsorientierten Investitionen des Ergebnishaushalts mit rund 1 Mio. € relativ überschaubar. Demgegenüber fallen die Investitionen des Finanzhaushalts, die dann über die Zeit abgeschrieben werden müssen, mit rund 6,5 Mio.€ deutlich höher aus. Bemerkenswert ist, dass es sich nicht nur um Investitionen rund um die Erneuerung unseres Stadtzentrums handelt, sondern, dass sich die Verwaltung weiterhin bemüht, unsere allgemeine Infrastruktur auf einem aktuellen Stand zu halten.

Hierzu gehören im Jahr 2023 insbesondere die Sanierung der Elektroinstallationen in der Robert-Gerwig-Schule, die eine oder andere straßenbauliche Maßnahme und die Anschaffung digitaler Tafeln im Bildungszentrum, aber auch die Revitalisierung unseres allseits beliebten Klosterweihers. Im Bereich der Stadtentwicklung fällt der größte Brocken auf die Neugestaltung des Vorzeigeprojekts „Roter Löwen“. Der Marktplatz macht einen eher moderateren Betrag aus. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass bereits 4

im Jahr 2022 hierfür Beträge eingestellt sind und dass die darunterliegende Tiefgarage natürlich den Stadtwerken zuzuordnen ist.

In diesem Kontext wollen wir jedoch auch ausdrücklich erwähnen, dass die Negativliste von Investitionsvorhaben beziehungsweise Investitionswünschen mit einem Volumen von rund 3,75 Mio.€ ein beträchtliches Ausmaß angenommen hat. Sie zeigt deutlich, dass wir nicht alles umgehend realisieren können, auch wenn dies größtenteils wünschenswert wäre.

Ein kurzer Blick in den Haushalt der Stadtwerke zeigt schließlich, dass auch hier im nächsten Jahr sehr große Investitionen vor uns stehen. Mit 6,72 Mio.€ sind diese fast genauso hoch wie diejenigen des städtischen Haushalts. Der Löwenanteil liegt hierbei mit 4,2 Mio.€ bei der Tiefgarage. Daneben spielen aber auch der Breitbandausbau sowie die Wasserversorgung eine Rolle.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 zustimmen, auch wenn der Haushaltsausgleich nicht gelingen sollte. Dies tun wir in dem Bewusstsein eines herausfordernden wirtschaftlichen Umfeldes und in dem Wissen einer grundsätzlich vorsichtig agierenden Verwaltung. Die Planungen erscheinen uns insgesamt als sehr solide. Der Haushalt ist genehmigungsfähig. Dabei hoffen wir, dass sich die Zahlen im Verlauf des Jahres, wie schon oft, auch noch verbessern.

Wir danken Ihnen, Herr Bürgermeister Rieger, für Ihren gewohnt großen Einsatz für unser aller Stadt und wünschen Ihnen weiterhin gute Ideen, Erfolge sowie Weisheit in diesen fordernden Zeiten. Allen Mitarbeitern der Verwaltung und des Bauhofes danken wir für die geleistete Arbeit. In diesem Jahr möchten wir auch einmal unserer Freiwilligen Feuerwehr und Polizei, den Pflegediensten und Ärzten sowie unseren Vereinen und allen anderen Menschen in unserer Stadt ausdrücklich danken, die einen Beitrag zur Sicherheit, Gesundheit und Lebensqualität leisten.

Sehen wir der Zukunft unserer Stadt, trotz der vielen Aufgaben und Herausforderungen, positiv entgegen und erledigen wir diese im Wissen einer guten Verwaltung und eines umsichtigen Bürgermeisters. Als Rat werden wir Sie mit allen Kräften unterstützen. Wir halten es gerade in diesen Zeiten für wichtig, dass wir positiv in die Zukunft blicken. Es ist wichtig, dass

wir uns in diesem Jahr dazu entschieden haben, mit der 5

Sanierung des Marktplatzes fortzufahren. Dies ist auch ein positives Signal für unsere Bürger, dass es trotz aller Krisen weitergeht und es eine Zukunft gibt.

Wir sollten trotz gestiegener Bewirtschaftungskosten für unsere Liegenschaften und mancherlei Sorge unserer Bürger wegen der exorbitant hohen Energiekosten und mancherlei Versorgungsengpässen nicht vergessen, dass es uns in St. Georgen immer noch sehr gut gehen darf. Vergessen wir die Menschen in der Ukraine nicht. Hieraus erwächst auch eine Verantwortung gegenüber möglicher, weiterer Flüchtlinge, die wir in unserer Stadt in angemessener Weise willkommen heißen sollten.

Lassen wir uns also nicht entmutigen und packen unsere Aufgaben mit Zuversicht, Augenmerk und Gottvertrauen an.

Für die bevorstehende Weihnachtszeit wünschen wir Ihnen alles Gute und Gesundheit sowie erholsame Tage, Frieden und Gottes Segen.“

Stadtrat Bäsch spricht für die FDP-Fraktion.

„letztes Jahr habe ich meine Haushaltsrede damit begonnen, zu erwähnen, dass wir im Jahr 2021 zum ersten Mal nach vielen Jahren den Haushaltsausgleich nach dem neuen kommunalen Haushaltsrecht nicht erreichen werden. Wir sind noch im Dezember 2021 von einem negativen Ergebnis ausgegangen. Bekanntermaßen haben wir das Vorjahr mit einem positiven Gesamtergebnis von über drei Millionen Euro abgeschlossen. Auch im laufenden Jahr sieht es so aus, als ob wir deutlich besser als geplant abschneiden werden. Im Planansatz hatten wir mit einer schwarzen Null gerechnet, aktuell liegen wir bei einem positiven Gesamtergebnis von über 1,7 Millionen Euro.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. Zunächst werden die Haushaltspläne in St. Georgen grundsätzlich sehr konservativ aufgestellt, was in meinen Augen auch richtig ist. Da die Einnahmen der Stadt zum großen Teil aus Steuereinnahmen bestehen, können wir nur auf aktuelle Prognosen zurückgreifen und sollten diese nicht zu positiv auslegen.

Ein weiterer Grund für die Planungsunsicherheit ist die Tatsache, dass wir uns nun schon auf das vierte Krisenjahr zubewegen. Seit Frühjahr 2020 hatte uns die Coronakrise fest im Griff. Diverse Lockdowns haben das öffentliche Leben zum Stillstand gebracht und die Wirtschaft in Turbulenzen gestürzt. Erfreulicherweise haben wir diese Krise alles in allem gemeinsam gut bewältigt, was sich auf unseren Haushalt bezogen sehr positiv ausgewirkt hat.

An dieser Stelle will ich mich noch einmal ausdrücklich bei allen betroffenen Mitarbeitern der Stadtverwaltung für Ihren großen Einsatz während der Krise bedanken. Sie haben den Laden am Laufen gehalten und oftmals auch den Kopf hinhalten müssen für Entscheidungen, die an anderer Stelle getroffen wurden.

Kaum hatten wir die Coronakrise einigermaßen überwunden, kamen mit dem unsäglichen Krieg in der Ukraine die nächsten Herausforderungen auf uns zu. Unmittelbar betroffen war unsere Stadt mit der Flüchtlingswelle und deren Bewältigung, die enorme Ressourcen in der Verwaltung in Anspruch genommen hat. Auch hier meinen Respekt und meine Anerken-

nung an alle, die sich der Flüchtlinge angenommen haben und es weiterhin tun.

Mittelbar wird die Stadt durch die Energiekrise und die damit verbundene Inflation, die der Krieg nach sich zieht, getroffen. Ungeahnte Preissprünge im Energiesektor, insbesondere beim Erdgas und beim Strom machen eine verlässliche Planung unmöglich.

Die gestiegenen Energiekosten sind die Hauptursache dafür, dass wir in diesem Jahr die unerfreuliche Aufgabe haben, einen Haushaltsentwurf zu beraten, der von einem negativen Gesamtergebnis von EUR 2,5 Millionen ausgeht.

Allein über EUR 1,3 Millionen sind hier im Haushalt mehr vorgesehen.

Auch in weiteren Bereichen wie z. B. den Personalaufwendungen werden die Kosten steigen. Trotz vielfältiger Sparmaßnahmen im Haushalt werden wir das deutlich niedrigere Steueraufkommen von fast 3 Millionen Euro nicht kompensieren können.

Es wäre ein Leichtes, die Kosten noch einmal deutlich senken, wenn wir die Sparmaßnahmen deutlich ausweiten würden. So könnte man z. B. das Hallenbad schließen oder die öffentlichen Sportstätten, wie dies bereits in anderen Kommunen praktiziert wird. Es ist aber gut und richtig so, dass wir diese Maßnahmen nicht ergriffen haben. Die letzten Jahre wurde das öffentliche Leben schon genug zum Erliegen gebracht und wir wären schlecht beraten, die fatalen Auswirkungen auf den Schulsport und das Vereinsleben nur wegen eines besseren Haushaltsergebnisses erneut in Kauf zu nehmen. Wir haben die letzten Jahre in der Stadt gut gewirtschaftet und entsprechende Rücklagen bilden können, so dass wir das verkraften können.

Trotz aller Unsicherheiten können wir als Stadt St. Georgen positiv ins nächste Jahr schauen, es werden wieder wesentliche Punkte in Angriff genommen oder vollendet, die unsere Stadt nachhaltig voranbringen werden.

Zunächst steht der Abschluss der Baumaßnahmen am Roten Löwen bevor. Wir werden mitten in der Stadt ein neues soziales Zentrum erhalten, das großen Teilen der Bevölkerung in unterschiedlichster Form zugutekommen wird. Das wir hier auf dem richtigen Weg sind, zeigt uns auch die die Höhe der Zuschüsse und das Interesse des Landratsamts, hier eine Außenstelle des Sozialamts einzurichten.

Im Frühjahr soll es dann endlich auf dem Marktplatz und in der Tiefgarage losgehen. Hier können wir gespannt sein, wie die Ausschreibungen laufen werden, nachdem sich die Preisentwicklung im Bausektor wohl wieder etwas beruhigt hat. Es wird sich dann zeigen, ob sich die notwendige Verschiebung der Maßnahme positiv auswirken wird.

An dieser Stelle will ich nicht unerwähnt lassen, dass es schon befremdlich ist, dass Ausschreibungen egal welcher Art fast nur noch durch darauf spezialisierte Büros durchgeführt werden können. Wir sind selbstverständlich auf die Expertise von außen angewiesen, da unser Personal im Bauamt die vielfältigen Aufgaben und Anforderungen gar nicht mehr bis ins Detail durchdringen kann. Es bleibt aber der Eindruck bestehen, dass eine ausufernde Bürokratie viele Maßnahmen unnötig verkompliziert und nicht mehr zielgerichtet vorgeht. Das beste Beispiel hierfür ist die Erneuerung der Brücke an der Stockburger Mühle. Es ist eigentlich nur noch beschämend, wie sich hier einige Beteiligte verhalten und die Maßnahme über

Jahre hinaus verzögern. Die Planungen ziehen sich nun schon über Jahre hin und wir reden hier nicht von einem wirklich komplizierten Bauwerk. Am Ende stehen dann Kosten von über EUR 900.000,-, das lässt einen nur noch kopfschüttelnd zurück.

Aber zurück zu den positiven Dingen. Die Planungen für unser Rathaus werden auch weiter vorankommen. Hier können wir gespannt sein, in welche Richtung es sich entwickeln wird.

Unseren Klosterweiher werden wir auch wieder fit für die Zukunft machen. Es ist schön zu sehen, wie viele Bürger sich für unseren Badensee einsetzen und spenden. Mit dem Klosterweiher haben wir ein Alleinstellungsmerkmal in der Region und das Geld für die Entschlammung ist gut angelegt. Wir erhalten hier ein nachhaltiges Schwimmbad, das nicht aufwendig beheizt werden muss und sich großer Beliebtheit erfreut.

Wir werden auch im kommenden Jahr unsere Pflichtaufgaben nicht vernachlässigen. So werden wir viel Geld in die Erhaltung der Straßen und der Kanalisation stecken, die Breitbandversorgung wird weiter vorangetrieben. Die Straßenbeleuchtung wird beschleunigt auf LED umgestellt, in die Robert-Gerwig-Schule wird kräftig investiert und die Schulen werden mit digitalen Tafeln ausgestattet. Gespannt können wir sein, ob wir es im dritten Anlauf schaffen, die Sanierung der Spittelbergstraße auf den Weg zu bringen. Und dies wird alles umgesetzt, ohne die städtischen Steuern zu erhöhen.

Wie immer an dieser Stelle, möchte ich allen Mitarbeitern der Stadt und den Kollegen aus dem Gremium für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr danken. Die Herausforderungen werden nicht weniger, aber ich bin sehr zuversichtlich, dass wir alles Hürden meistern werden, wenn wir den eingeschlagenen Weg weiterverfolgen.

Unsere besonderen Glückwünsche gelten noch dem Kollegen Marc Winzer, der sich bei der Bürgermeisterwahl in Hornberg im ersten Wahlgang durchgesetzt hat. Der Mut zu kandidieren wurde belohnt und wir wünschen ihm alles Gute bei den kommenden Herausforderungen.

Ich wünsche allen Bürgern ein schönes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2023.“

Stadtrat Schmider spricht für die Grüne Liste-Fraktion.

„seit nunmehr fast drei Jahren befindet sich unser Land im Krisenmodus. Nachdem die Haushaltsplanungen für die Jahre 2021 und 2022 schon unter dem Einfluss der Corona-Pandemie standen, kommt seit dem 24. Februar noch ein Angriffskrieg mitten in Europa dazu. Die Folgen dieser bis dahin unvorstellbaren Situation betreffen uns alle direkt und sind für jeden spürbar. Unter diesen Voraussetzungen sind wir gut beraten unser lokales Handeln auch immer unter globalen Aspekten zu betrachten. Themen wie z.B. das Energiesparen helfen nicht nur uns als Kommune und den Bürgerinnen und Bürgern in St. Georgen, sondern genauso unserem ganzen Land wie auch Europa mit seinen befreundeten Völkern. Diese Einheit und Entschlossenheit müssen wir auch in Zukunft zeigen, wenn die nach wie vor existierende und sich verstärkende Klimakrise nicht zur Katastrophe für die Menschheit werden soll.

[Energiesparen](#)

Energiesparen ist aktuell das Gebot der Stunde nachdem uns die „billigen“ Energielieferanten weggebrochen sind und wir feststellen müssen, dass man sich da in eine ungesunde Abhängigkeit begeben hat. Viele von uns, auch wir als Stadt, beschäftigen sich mit den Möglichkeiten Strom zu sparen oder bei der Heizung weg von Gas und Öl zu kommen. Die energetische Sanierung von Gebäuden, städtisch wie auch privat, kann viel zu den Sparmaßnahmen beitragen, wird aber sicher nicht von heute auf morgen überall möglich sein. Wenn wir da nur an die energetische Sanierung unserer Schulen und anderer öffentlicher Immobilien denken, stehen große Aufgaben bevor.

Einnahmen durch Erneuerbare Energien

Die anstehenden energetischen Ertüchtigungen erfordern auch einen hohen finanziellen Einsatz. Ob dieser nur mit den aktuell vorhandenen Einnahmen wie Grund- und Gewerbesteuer oder dem Gemeindeanteil an Einkommen- sowie Umsatzsteuer auf Dauer gedeckt werden kann, scheint mehr als fraglich. Tatsächlich helfen uns hier die Erneuerbaren Energien auf unterschiedliche Weise. Einerseits kommen wir mit diesen weg von fossilen Rohstoffen und den nicht immer vertrauenswürdigen Lieferanten und zum anderen verringert die Nutzung der Erneuerbaren die globalen Treibhausgasemissionen was wiederum dem Klima auf der Erde entscheidend hilft. Sehr wichtig für die zukünftigen Haushaltspläne ist die Tatsache, dass jede Kilowattstunde Energie, die auf St. Georgener Gemarkung produziert wird, uns bei späteren Investitionen hilft. Kommunen profitieren hierbei von unterschiedlichen Einnahmen wie Pacht, Kommunalabgabe, möglichen Beteiligungen und später auch Gewerbesteuer.

Damit können die Kosten für die bereits genannten Sanierungen von Schulen und der weiteren Verschönerung des Innenstadtbereichs inklusive Stadtgartens gedeckt werden. Über Bürgerenergiegesellschaften wäre es auch jeder St. Georgenerin und jedem St. Georgener möglich, persönlich von der Energiewende zu profitieren.

Städtische Projekte unter den Aspekten Klimaschutz und Klimaanpassung

Bei den laufenden und bald startenden Projekten muss als erstes unser Klosterweiher hervorgehoben werden. Die Identifikation mit unserem Weiher zeigt sich in vielen Aktionen und Spenden. Dafür ein großer Dank an alle, die sich hier einsetzen.

Die anderen Großprojekte in der Stadtmitte steigern die Attraktivität unserer Innenstadt und helfen gleichzeitig beim Klimaschutz und bei der Klimaanpassung. Hier sollen drei Beispiele angeführt werden, was darunter zu verstehen ist und wie sich diese für die Zukunft auswirken.

Beim Roten Löwen ist es unerlässlich, das riesige Dach in Südausrichtung maximal zur Gewinnung von Strom aus Sonnenenergie zu nutzen. Hier leisten wir als Stadt einen großen Beitrag zur regenerativen Stromerzeugung und damit zur Verringerung des Ausstoßes klimaschädlicher Treibhausgase.

Für die Gestaltung des Marktplatzes haben wir uns im Gemeinderat auf viele Bäume und Beschattung verständigt, was die Aufenthaltsqualität deutlich steigert. Bei fortschreitender Erwärmung der Innenstädte wird es umso wichtiger, hier für angenehme Temperaturen zu sorgen, was durch mehr Grün in Form von Bäumen und Pflanzen sicher erreicht wird.

Wenn wir dann noch im Rahmen einer Rathaussanierung, in welcher Form

auch immer, die Wärmeerzeugung mitdenken, unternehmen wir einen weiteren großen Schritt in Richtung Treibhausgasneutralität. Den Roten Löwen werden wir schon aus der Heizzentrale im Rathaus mitversorgen. Sicher lässt sich dieses Nahwärmenetz auf die umliegende Nachbarschaft und eventuell sogar in angrenzende Wohngebiete erweitern. Dabei sollte immer mit bedacht werden, dass die meisten Haushalte in der Innenstadt von fossilen Brennstoffen abhängig sind. Ein Anschluss an eine zentrale Einrichtung hilft hier allen.

Klimavorbehalt

Wir werden uns mit großer Wahrscheinlichkeit bald damit beschäftigen müssen, unsere Beschlüsse unter einen Klimavorbehalt zu stellen. Das heißt, dass wir auch einen CO₂-Schattenpreis bei zukünftigen Entscheidungen berücksichtigen. Wenn wir uns nicht gleich dazu durchringen können, wird dies ziemlich sicher von anderen Stellen eingefordert, wenn beispielsweise Fördermittel beantragt werden und deren Gewährung von Klimaschutzaspekten abhängig sein wird.

Anträge

Mit einer positiven Entwicklung unseres Haushaltes in den nächsten Jahren aufgrund der Energiewende, von der die Stadt wie eben beschrieben profitieren kann und wird, werden wir sicher auch wieder Mittel freihaben, Anträge von Vereinen auf Unterstützung positiv zu bescheiden. Leider ist das in der aktuellen Situation und der ungewissen nahen Zukunft im nächsten Haushalt nicht möglich.

Dennoch möchten wir als Fraktion einen Antrag stellen, der keinen Einfluss auf den vorliegenden Haushaltsentwurf hat, da sich dieser Betrag bereits seit Längerem im Haushalt befindet. Wir könnten uns vorstellen, den eingestellten Posten unter „Klimaschutzkonzept/Ökologische Energieplanung“ dafür zu nutzen, Menschen, die im Rathaus als Empfänger von Sozialleistungen geführt sind, mit einem kostenlosen Energiespar-Check zu unterstützen. Hier müssen wir natürlich aktiv auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen. Sollte dabei als ein Ergebnis der Tausch von energiefressenden Haushaltsgeräten herauskommen, kann über diesen Fonds Unterstützung geleistet werden. Davon haben im Endeffekt die Betroffenen etwas und auch die auszahlenden Stellen, die bei den hohen Energiekosten ohnehin einspringen müssen. Die Ausgestaltung dieses Vorschlages kann in einer der ersten Sitzungen im neuen Jahr behandelt werden. Die Energieagentur hat hier entsprechende Erfahrungen und wird uns sicherlich bei der Umsetzung behilflich sein.

Zum Schluss möchten wir allen Anwesenden eine besinnliche Adventszeit wünschen, schöne Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr!“

Bürgermeister Rieger trägt den Antrag von „Global Forest“ für einen jährlichen Zuschuss von 8.000 Euro vor und lässt darüber abstimmen.

Stadträtin Erchinger erklärt, letztes Jahr habe man ausdrücklich kommuniziert, dass der Zuschuss auf ein Jahr begrenzt sei.

Bei 5 Enthaltungen und 17 Nein-Stimmen ist der Antrag abgelehnt.

Aus den Reihen des Gemeinderats kommt der Antrag, die Verfügungsmittel

te des Bürgermeisters von 4.000 auf 6.000 Euro zu erhöhen.

Bei 1 Enthaltung und 21 Ja-Stimmen ist dem Antrag stattgegeben.

Beschluss:

HAUSHALTSSATZUNG		
der Stadt St. Georgen im Schwarzwald		
für das Haushaltsjahr 2023		
Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 14.12.2022 die folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 beschlossen:		
§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt		
Der Haushaltsplan wird festgesetzt		
1. im Ergebnishaushalt mit den folgenden Beträgen		
	EUR	
1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	35.063.900	
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	37.023.010	
1.3 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	-1.959.110	
1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	75.000	
1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	133.100	
1.6 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	-58.100	
1.7 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von	-2.017.210	
2. im Finanzhaushalt mit den folgenden Beträgen		
2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	34.501.500	
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	34.025.710	
2.3 Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	475.790	
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	2.882.400	
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	9.651.200	
2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss / -bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-6.768.800	
2.7 Veranschlagter Finanzierungsüberschuss / -bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	-6.293.010	
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	1.500.000	
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	213.200	
2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss / -bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	1.286.800	
2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	-5.006.210	
§ 2 Kreditermächtigung		
Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf	1.500.000 EUR,	
davon für die Ablösung von inneren Darlehen	0 EUR,	
§ 3 Verpflichtungsermächtigungen		
Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf	4.268.178 EUR,	
§ 4 Kassenkredite		
Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf	4.000.000 EUR	
§ 5 Steuersätze		
Die Steuersätze (Hebesätze) werden festgesetzt		
1. für die Grundsteuer		
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	400	v.H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	400	v.H.
der Steuermessbeträge;		
2. für die Gewerbesteuer auf	340	v.H.
der Steuermessbeträge.		
§ 6 Stellenplan		
Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023 ist Bestandteil der Haushaltssatzung.		
§ 7 Finanzplanung		
Die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2024 – 2026 einschl. Investitionsprogramm ist Bestandteil dieser Haushaltssatzung.		
§ 8 Bürgergenussauflage		
Die Bürgergenussauflage für jedes Genusslos wird festgesetzt auf	12,05 EUR	

Wirtschaftsplan			
des Eigenbetriebes			
Stadtwerke St. Georgen im Schwarzwald			
für das Wirtschaftsjahr 2023			
Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 14.12.2022 aufgrund der §§ 12 ff. des Eigenbetriebsgesetzes für Baden-Württemberg in der Fassung vom 08. Januar 1992 (GBl.S.22), letzte Änderung 17. Juni 2020 (GBl.S. 403) i.V. mit den §§ 86, 87, 88 und 96 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl.S. 581, ber. S. 698), letzte Änderung vom 15. Oktober 2020 (GBl.S. 910, 911) den Wirtschaftsplan 2023 wie folgt festgestellt:			
§ 1			
Wirtschaftsplan			
Der Wirtschaftsplan wird festgesetzt			
a)	im Erfolgsplan mit		
	- Erträgen von		2.440.000 €
	- Aufwendungen von		2.540.000 €
	- einem Verlust von		100.000 €
b)	im Vermögensplan mit Einnahmen und Ausgaben von		7.388.000 €
§ 2			
Kreditermächtigung			
Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) für das Wirtschaftsjahr 2023 wird festgesetzt auf			
			6.700.000 €
§ 3			
Verpflichtungsermächtigungen			
Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf			
			0,00 €
§ 6			
Kassenkredite			
Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf			
			450.000 €

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

**10 Baumaßnahme Albblickweg
Stützwände, Gas-, Wasser-, Breitbandversorgung, Straßenbeleuchtung und Straßenbau
Stahlbeton-, Erd-, Tief- und Straßenbauarbeiten
Vergabe der Arbeiten zum Nachtrag Nr. 1 und Nr. 2 der Firma Gross Bau GmbH & Co. KG
Vorlage: 164/22**

Protokoll:

Stadtbaumeister Tröndle führt aus, zur Ausschreibung sei eine Rammkernsondierung durchgeführt worden. Analysen des Asphaltkerns hätten keine PAK-Anteile ergeben. In der Ausschreibung wurden somit keine Entsorgungsmassen für PAK-Kontaminationen ausgeschrieben. Vorgesehen war die Wiederverwertung des Aufbruchs in Asphaltmischanlagen. Aufgrund Geruchsbildung beim Aufbruch wurden vorsorglich zwei Haufwerke gebildet. Eine Probeentnahme ergab teerhaltiges Material, welches als DKII einzustufen sei. Eine wiederholte Probenahme ergab dasselbe Ergebnis. DKII sei eine der höchsten Entsorgungsstufen. Wie es zu diesem Ergebnis gekommen sei, könne man sich nicht erklären. Es seien ausführliche Beprobungen erfolgt.

Weitere Positionen in dem Nachtrag 1 wurden seitens der Verwaltung fachlich wegdiskutiert. Die Position zur Herstellung der Wände und Rampe des Grundstückzugangs Albblickweg 4 wurde aufgrund fehlenden Interesses der Baufirma herausgenommen. Somit blieben zwei Haufwerke welche es nach der Deponieverordnung zu entsorgen gelte. Hierfür entstünden Mehrkosten von ca. 27.000 Euro, die lieferscheingenau abgerechnet würden. Für das DKII-Material ergeben sich Mehrkosten von ca. 12.000 Euro, die lieferscheingenau abgerechnet würden. Gesamt bedeute dies ca. 40.633,51 EUR Mehrkosten aufgrund belasteten Materials.

Zur Rampe Albblickweg 4 führt der Stadtbaumeister aus, im NA 1 sei eine Angebotssumme von 32.276,47 EUR aufgeführt. Nach Herausrechnung aller relevanten Positionen aus dem Haupt-LV würde eine Vergabesumme von 22.840,48 EUR brutto im Raum stehen. Nach Prüfung der Verwaltung erschien dieser Nachtrag viel zu hoch. Ein Gespräch mit der Firma ergab, dass kein Interesse an der Herstellung bestehe.

Die Verwaltung habe daher ein weiteres Angebot einer Firma eingeholt. Nach Herausrechnung aller relevanten Positionen aus dem Haupt-LV, welche nicht zur Ausführung kommen, würde eine Vergabesumme von 12.753,25,48 EUR brutto im Raum stehen. Unabhängig der beiden Angeboten würden die Aufwendungen für einen provisorischen Zugang mit ca. 1.400 EUR brutto und einem Geländer in Höhe von ca. 2.000 EUR notwendig.

Aus diesem Grund ändere sich der Beschlussvorschlag für die Rampe.

Beschluss:

Aufgrund der Vorlage beschließt der Gemeinderat die Vergabe der Nach-

tragsangebote Nr. 1 und 2 an die Firma Gross Bau Infrastruktur GmbH & Co. KG, 78052 Villingen-Schwenningen mit brutto 40.633,51 EUR.

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass für die Erstellung der Stützwand für die Rampe Albblickweg weitere Kosten in Höhe von 12.753,25 EUR brutto zzgl. 3.400 EUR brutto für Geländer etc. entstehen. Bei den genannten Kosten handelt es sich um überplanmäßige Kosten im Finanzhaushalt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

**11 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnl. Zuwendungen für die Maßnahme Entschlammung des Klosterweiher, Genehmigung gem. § 78 Abs. 4 GemO
Vorlage: 135/22**

Protokoll:

Bürgermeister Rieger führt aus, die Spendenbereitschaft lasse noch nicht nach. Daher gelte es erneut, darüber abzustimmen.

Beschluss:

Der Annahme der in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnl. Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

12 Anfragen aus dem Gremium

Protokoll:

- a) Radfahrverein – Theater
Herr Kieninger lädt zum Theater des Radfahrvereins ins Brigachhaus ein. Für die Vorstellung am 26.12.22 gebe es noch wenige Karten. Es werde auch eine Abendkasse geben.
- b) Gemeinderatssitzungen
Stadtrat Noel erkundigt sich, wann die Sitzungen wieder im Rathaus stattfinden könnten.
Herr Costantino führt aus, ab April laufen die Arbeitsschutzbedin-

gungen aus. Dies könne Anlass sein, ab dann wieder in den Sitzungssaal des Rathauses zu gehen.

- c) Defekte Straßenlampe
Stadtrat Freischlader weist darauf hin, an der Ecke Sandreute-
weg/Waldparkweg sei eine Lampe defekt.
- d) Ortschaftsatsbudget
Ortsvorsteher Lauble gibt bekannt, der Ortschaftsrat von Peterzell
habe beschlossen, aus ihrem Budget 600 Euro der Ortschaft Stock-
burg für das kommende Haushaltsjahr zur Verfügung zu stellen.

Für die Richtigkeit:

Der Vorsitzende:

Die Mitglieder:

Der Schriftführer:

St. Georgen, 27. Februar 2023